

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>  <b>V0815/21</b> öffentlich	Referat	Referat V
	Amt	Amt für Jugend und Familie
	Kostenstelle (UA)	4070
	Amtsleiter/in	Betz, Oliver
	Telefon	3 05-45401
	Telefax	3 05-45409
	E-Mail	jugendamt@ingolstadt.de
Datum	16.09.2021	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungsergebnis
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	21.09.2021	Vorberatung	
Stadtrat	04.10.2021	Entscheidung	

**Beratungsgegenstand**

Stellenplanantrag zum Stellenplan 2022

Stärkung von Kindern und Jugendlichen in Folge der Corona-Pandemie – hier: befristete Schaffung zusätzlicher Stellen für das Amt für Jugend und Familie Sachgebiet 51/2 Allgemeiner Sozialdienst (Referent: Herr Fischer)

**Antrag:**

Die befristete Schaffung von 2,0 zusätzlichen Planstellen im Sachgebiet 51/2 Allgemeiner Sozialdienst des Amtes für Jugend und Familie in S14 wird genehmigt. Die Planstellen werden mit einem KW-Vermerk zum 31.12.2024 versehen.

gez.

Isfried Fischer  
Berufsmäßiger Stadtrat

## Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten:  ja  nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben		
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input checked="" type="checkbox"/> Anmeldung zum 2022 407000.4*	Euro: ca. 135.000
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

## Kurzvortrag:

### Beschlusslage:

Mit Beschluss vom 29. Juli 2021 (**V0461/21**) hat der Stadtrat einen Grundsatzbeschluss für ein Unterstützungskonzept zur Stärkung von Ingolstädter Kindern und Jugendlichen in Folge der Corona-Pandemie beschlossen.

Eine der unter Ziffer 2 dieses Beschlusses genannten prioritären Maßnahmen ist die zur Verfügung Stellung von zusätzlichen Personalressourcen im Allgemeinen Sozialdienst des Amtes für Jugend und Familie.

### Aktuelle Jugendhilfebedarfe, Studien- und Umfrageergebnisse

Das Amt für Jugend und Familie stellt eine zentrale Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und Familien dar und bietet zahlreiche Unterstützungsmöglichkeiten an. Im Allgemeinen Sozialdienst melden sich zunehmend Familien, die sich von den Auswirkungen der Corona Pandemie stark belastet zeigen und deren Selbsthilfepotentiale aufgebraucht sind. Die Probleme, die sich nach wochenlangen Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen zeigen sind u. a. ein erhöhter Medienkonsum insbesondere bei männlichen Jugendlichen, eine Zunahme von psychischen

Problemen (u. a. Ängste, Suizidalität, depressive Verstimmungen), sozialer Rückzug, verstärkte Aggressionen, Schwierigkeiten mit Leistungsanforderungen und mangelndes Durchhaltevermögen.

Mittlerweile belegen zahlreiche wissenschaftliche Studien die Auswirkungen der Pandemie für die Kinder und Jugendlichen. Laut der COPSY-Studie (Corona und Psyche) des Universitätsklinikums Hamburg Eppendorf (UKE) hat sich im Vergleich zu der Zeit vor der Pandemie der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Auffälligkeiten in etwa verdoppelt (Anteil ca. 30 %) und ihr Gesundheitsverhalten verschlechtert. Der Medienkonsum ist erhöht, Kinder und Jugendliche treiben weniger Sport und essen mehr Süßigkeiten. Mehr als 2/3 der Eltern wünschen sich Unterstützung im Umgang mit ihrem Kind. Besonders belastet gemäß dieser Studie sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, deren Eltern einen niedrigen Bildungsabschluss haben und/oder die auf beengtem Raum leben.

Zu ähnlichen Ergebnissen wie die COPSY-Studie kommen die JuCo und KiCo-Studien der Universitäten Hildesheim und Frankfurt am Main, die untersucht haben, wie Jugendliche und Kinder die Corona Pandemie erleben. Demnach leiden viele Jugendliche an Zukunftsängsten, ihr Wohlbefinden ist eingeschränkt und sie fühlen sich einsamer. Auch der Wegfall von Räumen zum Treffen und Abhängen belastet junge Menschen stark. Gemäß der JuCo-Studie sind besonders Menschen in prekären Lebenslagen von Corona betroffen (junge Wohnungslose, Ein-Eltern-Familien, junge Menschen in stationären Einrichtungen, junge Geflüchtete). Bereits im Juli 2021 wurde hierzu ausführlich im Stadtrat berichtet.

In der vom Amt für Jugend und Familie kürzlich durchgeführten Jugendbefragung werden die Auswirkungen und Belastungen von Corona auf junge Menschen auch deutlich. 66 % aller befragten jungen Menschen haben angegeben, dass sich ihr Wohlbefinden seit Corona verschlechtert hat. Bei den befragten jungen Volljährigen sind es sogar knapp 75 %. Circa die Hälfte der befragten jungen Menschen leiden unter Leistungsdruck bzw. Versagensängsten und haben Angst vor der Zukunft. Ein Drittel hat psychische Probleme angegeben, wie es auch andere Studien bestätigen.

Studien belegen, dass jedes dritte Kind aufgrund der Corona Pandemie belastet ist. In Ingolstadt leben derzeit knapp 15.000 junge Menschen im Alter von 6 bis einschließlich 17 Jahre. Gemäß Studienlage muss davon ausgegangen werden, dass ca. 5.000 dieser jungen Menschen belastet ist. Vor diesem Hintergrund ist mit einem starken Anstieg der Fallzahlen in 2022 und den Folgejahren zu rechnen.

#### Coronabedingter zusätzlicher Stellenbedarf:

Dem Sachgebiet 51/2 Allgemeiner Sozialdienst sind derzeit einschließlich Sachgebietsleitung und Gruppenleitung 17,5 VZÄ zugeordnet. 2 weitere Planstellen wurden im Stellenplanverfahren 2022 beantragt (siehe V0766/21). Dieser Bedarf ergibt sich aus einer Fallzahlensteigerung aus dem Jahr 2020 sowie gesetzlichen Änderungen, die zu einer Mehrarbeit führen.

Um sicherzustellen, dass Kinder, Jugendliche und Familien aufgrund der Auswirkungen der Corona Pandemie weiterhin zeitnah Unterstützung erhalten und ihnen kurzfristig dringend benötigte Jugendhilfemaßnahmen zukommen zu lassen, sind darüber hinaus befristet zusätzliche personelle Ressourcen im Allgemeinen Sozialdienst erforderlich.

Eine Auswertung der bisherigen Fallzahlen des Allgemeinen Sozialdiensts 2021 zeigt einen Anstieg von ca. 10 % an Beratungsfällen und Einzelfallhilfen im Vergleich zum Vorjahr. Dies für sich alleine gesehen würde schon eine Zunahme von ca. 2 Vollzeitäquivalenten im Bereich des ASD bedeuten. Eine Zunahme ist auch bei den Inobhutnahmen zu beobachten. 2021 wurden

bislang 51 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen (Stichtag 10.09.2021), die Hälfte davon im Alter von 12 bis einschließlich 17 Jahre, im Vergleich dazu waren es 2020 insgesamt 50 Inobhutnahmen (ohne UMA). 2021 wurden außerdem 22 unbegleitete minderjährige Ausländer vorläufig in Obhut genommen (Stichtag 10.09.2021), was im Vergleich zu den Vorjahren einen deutlichen Anstieg bedeutet (2019: 10; 2020: 8).

Einen Anstieg bei Mitteilungen zu Kindeswohlgefährdungen ist bisher nicht zu beobachten, was darauf zurückgeführt wird, dass Schulen und Kindertageseinrichtungen über Wochen geschlossen waren und Anzeichen für Kindeswohlgefährdungen nicht sichtbar wurden. Zudem war die Präsenzpflicht an Schulen ausgesetzt. Mit einer Zunahme an Gefährdungsmitteilungen durch Schulen wird gerechnet, sobald ein normaler Unterrichtsbetrieb wieder möglich ist, Präsenzpflicht wieder besteht und Kinder über längere Zeit anwesend sind. Auch Hilfebedarfe bei Kindern und Jugendlichen werden dann voraussichtlich noch sichtbar. Hierzu wird mit Beginn des neuen Schul-/Kindergartenjahres 2021/2022 mit verstärkten Anfragen und Mitteilungen gerechnet.

Es ist davon auszugehen, dass es vor allem bei den ambulanten Hilfen zu einem Mehrbedarf an Sozialpädagogischen Familienhilfen, Erziehungsbeistandschaften, therapeutischen Hilfen im Lern- und Leistungsbereich, Schulbegleitungen und Eingliederungshilfen kommt. Für die Bedarfsprüfung, die Einleitung und Steuerung dieser Jugendhilfemaßnahmen ist der Allgemeine Sozialdienst verantwortlich.

Es gilt, den Rechtsanspruch von Eltern und Personensorgeberechtigten auf Hilfe zur Erziehung bzw. Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Eingliederungshilfen zu erfüllen und den Schutz von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen. Die Corona Pandemie hat zu mehr Hilfebedarfen und -anfragen von Familien beim Allgemeinen Sozialdienst geführt und wird voraussichtlich noch weiter ansteigen. Die erhöhten Anfragen können nur durch eine rasche Erhöhung des Personals noch im Rahmen des Stellenplans für 2022 gedeckt werden.

#### Befristungszeitraum der zusätzlichen Stellen:

Die Auswirkungen der Corona Pandemie werden voraussichtlich über mehrere Jahre noch sichtbar sein. Auch wissenschaftliche Studien gehen davon aus, dass die Auswirkungen über Jahre hinweg bei den Kindern und Jugendlichen sichtbar sein werden und es mehrere Jahre benötigen wird, um die entstandenen Defizite aufzuarbeiten.

Um die zunehmenden Hilfebedarfe bedienen zu können, wird der Personalbedarf, der sich zusätzlich aufgrund der Corona Pandemie ergibt, prognostisch für mindestens 3 Jahre notwendig sein. Daher sollen die zusätzlichen Stellen mit einem KW-Vermerk zum 31.12.2024 geschaffen werden.

Die Vorlage ist mit der Organisations- und Personalentwicklung abgestimmt.